

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei HgH zweimonatlich 2,00 DM, monatlich 1,00 DM. (einschließlich 10 Wp. für Telegramm), durch Postweg 2,50 DM. (einschließlich 10 Wp. Postgebühr sowie Postumschlaggebühren) bei Vorbestellung wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Wp.

Druck u. Verlag: Kiepsch & Neiharbt, Dresden-N. I., Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Verlegerpreis: 30 mm breite Gesuchliste 35 Wp., 40 mm 40 Wp., 50 mm 50 Wp., 60 mm 60 Wp., 70 mm 70 Wp., 80 mm 80 Wp., 90 mm 90 Wp., 100 mm 100 Wp., 110 mm 110 Wp., 120 mm 120 Wp., 130 mm 130 Wp., 140 mm 140 Wp., 150 mm 150 Wp., 160 mm 160 Wp., 170 mm 170 Wp., 180 mm 180 Wp., 190 mm 190 Wp., 200 mm 200 Wp., 210 mm 210 Wp., 220 mm 220 Wp., 230 mm 230 Wp., 240 mm 240 Wp., 250 mm 250 Wp., 260 mm 260 Wp., 270 mm 270 Wp., 280 mm 280 Wp., 290 mm 290 Wp., 300 mm 300 Wp., 310 mm 310 Wp., 320 mm 320 Wp., 330 mm 330 Wp., 340 mm 340 Wp., 350 mm 350 Wp., 360 mm 360 Wp., 370 mm 370 Wp., 380 mm 380 Wp., 390 mm 390 Wp., 400 mm 400 Wp., 410 mm 410 Wp., 420 mm 420 Wp., 430 mm 430 Wp., 440 mm 440 Wp., 450 mm 450 Wp., 460 mm 460 Wp., 470 mm 470 Wp., 480 mm 480 Wp., 490 mm 490 Wp., 500 mm 500 Wp., 510 mm 510 Wp., 520 mm 520 Wp., 530 mm 530 Wp., 540 mm 540 Wp., 550 mm 550 Wp., 560 mm 560 Wp., 570 mm 570 Wp., 580 mm 580 Wp., 590 mm 590 Wp., 600 mm 600 Wp., 610 mm 610 Wp., 620 mm 620 Wp., 630 mm 630 Wp., 640 mm 640 Wp., 650 mm 650 Wp., 660 mm 660 Wp., 670 mm 670 Wp., 680 mm 680 Wp., 690 mm 690 Wp., 700 mm 700 Wp., 710 mm 710 Wp., 720 mm 720 Wp., 730 mm 730 Wp., 740 mm 740 Wp., 750 mm 750 Wp., 760 mm 760 Wp., 770 mm 770 Wp., 780 mm 780 Wp., 790 mm 790 Wp., 800 mm 800 Wp., 810 mm 810 Wp., 820 mm 820 Wp., 830 mm 830 Wp., 840 mm 840 Wp., 850 mm 850 Wp., 860 mm 860 Wp., 870 mm 870 Wp., 880 mm 880 Wp., 890 mm 890 Wp., 900 mm 900 Wp., 910 mm 910 Wp., 920 mm 920 Wp., 930 mm 930 Wp., 940 mm 940 Wp., 950 mm 950 Wp., 960 mm 960 Wp., 970 mm 970 Wp., 980 mm 980 Wp., 990 mm 990 Wp., 1000 mm 1000 Wp.

## Erleichterte Gewährung von Ehedarlehen

### Erweiterung des Kreises der Gesuchsteller

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. Juli. Der Schöpfer des Gesetzes über Förderung der Eheschließungen, Staatssekretär Reinhardt, hat eine große Anzahl von Briefen von Volksgenossinnen erhalten, die mitteilen, daß auch sie einem Arbeitnehmerberuf angehören, und daß auch sie gerne heiraten möchten, daß sie jedoch den Bestimmungen des Gesetzes über Förderung der Eheschließungen gemäß zu ihrer großen Enttäuschung ein Ehedarlehensdarlehen nicht erhalten könnten, weil sie entweder bereits länger als zwei Jahre arbeitslos seien oder aber schon einige Monate vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über Förderung der Eheschließungen geheiratet hätten. Der künftige Ehemann sei vorhanden. Es fehle jedoch an den Mitteln zur Beschaffung einer Wohnungseinrichtung.

Die Wünsche dieser Volksgenossinnen werden erfüllt durch eine zweite Durchführungsverordnung über die Gewährung von Ehedarlehen.

Die Staatssekretär Reinhardt haben erlassen hat. § 1 dieser Verordnung entspricht dem Wunsch aller derjenigen, die bereits länger als zwei Jahre arbeitslos sind. Der Zeitraum, in dem die mindestens sechsmonatige Arbeitslosigkeit liegen muß, umfaßt nunmehr nicht mehr zwei, sondern fünf Jahre, nämlich die Zeit vom 1. Juni 1929 bis 31. Mai 1933. § 2 der zweiten Durchführungsverordnung entspricht dem Wunsch derjenigen Volksgenossinnen, die sich zwar noch in einem Arbeitnehmerverhältnis befinden, aber bereits innerhalb des letzten Jahres vor dem

Inkrafttreten des Gesetzes über Förderung der Eheschließungen geheiratet haben.

§ 4 ist bedingt durch die Bevölkerungspolitik des neuen Staates. Es soll

die Verheiratung nur solcher Bürger gefördert werden, deren Gesundheitszustand gesunde Nachkommen verbürgt.

§ 5 regelt die Frage der Verbringung ärztlicher Zeugnisse derjenigen, die ein Ehedarlehensdarlehen beantragen. Diese Zeugnisse müssen bekunden, daß keiner der Ehegatten an vererblichen geistigen oder körperlichen Gebrechen leidet, die seine Verheiratung nicht als im Interesse der Volksgemeinschaft liegend erscheinen lassen. Ebenso muß die Tatsache, daß keiner der Ehegatten zur Zeit der Antragstellung an Infektionskrankheiten oder sonstigen das Leben bedrohenden Krankheiten leidet, durch ein Zeugnis eines beamteten Arztes oder eines mit der Untersuchung und der Ausstellung der Zeugnisse neben den beamteten Ärzten beauftragten Kommunal- oder Stadtarztes nachgewiesen werden.

### Neuer ostpreussischer Erfolg

Königsberg, 28. Juli. Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt mit: Kreis Gollub einseitig Stadt heute frei von Arbeitslosen. Auch die zahlreichen Wohlfahrtsvereine sind in Arbeitsstellen untergebracht. Darüber hinaus werden 1010 Landheiler aus dem Kreis im Kreis beschäftigt.

### Van der Lubbe-Prozess im September

10 bis 15 Missetäter noch nicht gefaßt

Berlin, 28. Juli. Der Prozess gegen die Reichstagsbrandstifter wird, wie nunmehr amtlich mitgeteilt wird, doch schon im September stattfinden. Das bisherige Ergebnis der Untersuchung hat eine derartige Fülle belastenden Materials zutage gefördert, daß schon jetzt kein Zweifel mehr daran sein kann, daß der kommende Prozess die Schuld für die Reichstagsbrandstiftung bringen wird. Van der Lubbe ist auf Grund des bisherigen Ergebnisses der Untersuchung zweifellos der durch konkrete Tatbestandsbeweise am meisten belastete Missetäter. Trotzdem ist das wesentlichste Ergebnis der Untersuchung ein anderes:

Der holländische Anarchist war Werkzeug!

Er war das Werkzeug der mit ihm gefaschten deutschen kommunistischen Missetäter und das Werkzeug der bolschewistischen Terrorzentrale. Die Untersuchung hat ergeben, daß ihm, ganz abgesehen von den Hintergründen und der ebenfalls festgestellten Umfänge vorberteilungen, zumindest

10 bis 15 weitere Täter, die bisher nicht gefaßt werden konnten,

bei der Brandlegung zur Seite gestanden haben müssen. Es ist nicht einmal anzunehmen, daß er in der Brandstiftungsgruppe der Haupttäter gewesen wäre. Die Reichstagsbrandlegung war — daran kann kein Zweifel mehr sein — der beabsichtigte

Wahlakt des roten Kulktrübs in Deutschland.

Nur dem schärfsten Zupacken des Staates ist es zu verdanken, daß das von bolschewistischem Unternehmertum vorbereitete blutige Chaos nicht Wirklichkeit wurde. Der rote Spuk ist nach sechs Monaten nationalsozialistischer Regierung restlos verfliegen, und doch wird der kommende Prozess gegen die Reichstagsbrandstifter von ungeheurer Bedeutung sein. Er wird der ganzen zivilisierten Welt zeigen, mit welchen Mitteln der bolschewistische Wahnsinn die europäische Kultur bedroht.

Daß die Tat der roten Mordbrenner ihre gerechte Sühne finden wird, dafür steht der nationalsozialistische Staat ein. Hier kann es keine Sentimentalität geben, sondern nur die Konsequenz, die dem Willen der Vernichtung entgegengelegt werden muß.

### Start Balbos erst am Sonntag

St. Johns (Neufundland), 28. Juli. Das italienische Flugboot, das in Victoria Harbour am Mittwoch infolge Motorstörung eine Notlandung vornehmen mußte, hat sich am Donnerstagmorgen dem übrigen Geschwader angeschlossen. Meldungen zufolge, die am Donnerstagabend in London eintrafen, wird mit dem Start des italienischen Luftgeschwaders nach Valentia (Irland) nicht vor Ablauf von zwei oder drei Tagen gerechnet.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat in einem Sonderflugzeug vom Flugplatz Croydon die Rückreise nach Berlin angetreten.

## Pariser Sekwelle gegen Deutschland

### Schaffung eines großen Propagandaapparates

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. Juli. Trotzdem nicht mehr der geringste Zweifel darüber bestehen kann, daß die Abstimmung im Saargebiet im Jahre 1935 wie eine Naturnotwendigkeit den Wunsch der Bevölkerung nach Rückgliederung an das Deutsche Reich zum Ausdruck bringen wird, geht man jetzt in Paris mit aller Kraft daran, eine große antideutsche Propaganda ins Leben zu rufen. Für alle die, die bereit sind, sich in den Dienst dieser französischen Propaganda zu begeben, werden riesige Geldmittel bereitgestellt, und wenn sich mit Geld allein eine Sinnesänderung der Saarbevölkerung erkaufen ließe, so wäre der Sieg Frankreichs schon heute sicher. Daneben geht man dazu über, auch im Ausland neue Propagandamöglichkeiten

zu schaffen, die nicht nur der Einflussnahme auf das Saargebiet und seine Bevölkerung dienen sollen, sondern denen daneben auch noch die Aufgabe aufgetragen wird, die französische Außenpolitik, die sich immer mehr auf Erhaltung des durch den Vertrag von Versailles geschaffenen Status quo beschränkt, zu unterstützen.

So will man jetzt in Genf, trotzdem man dort schon das Journal de Genève in Händen hat, daß sich unter der geistigen Oberleitung des französischen Generalkonstabes befindet, noch eine neue Zeitung schaffen, die den Titel "Le Moment" tragen soll. Man will offenbar schon mit diesem Titel zum Ausdruck bringen, daß die französische Politik nicht gewillt sei, irgendwelche gegebenen Momente zu verpassen. In der geschäftlichen wie redaktionellen Leitung dieses neuen Blattes sitzen kennzeichnenderweise fast ausschließlich französische Juden, die an Chauvinismus und Befantheit alle anderen hinter sich zu lassen pflegen. Kennzeichnend ist auch, daß

dem Redaktionsstab der ehemalige Genfer Vertreter des "Vorwärts" und anderer sozialdemokratischer Blätter, Dr. Alfred Dang, angehören wird, der bekanntlich erst unlängst durch sein Landesverräterisches Treiben von sich reden machte. Für die Einkreisungspolitik Frankreichs gegenüber Deutschland ist bezeichnend, daß man auch politische, literarische und sogar literarische Persönlichkeiten in die Verwaltungskomitees des neuen Zeitungsunternehmens zu berufen gedenkt. So glaubt man, die systematische Hebe gegen Deutschland auf das Beste fördern zu können, ein Beginnen, das von deutscher Seite einen entsprechenden Gegenschlag erfordert, der, woraus die Herren in Paris rechnen können, auch bestimmt gefaßt werden wird.

### Französische Fabulierkunst

Berlin, 28. Juli. Von einer Reise des Vizetanzlers v. Papen nach Paris weiß der Pariser sozialistische "Populaire" zu lächeln, der behauptet, daß die deutsche Botschaft in Paris heute ein Bankett zu Ehren des Vizetanzlers veranstaltet, dessen delikate Mission es sei, zu versuchen, den Duai d'Orlay für engere Beziehungen zum neuen Deutschland zu gewinnen. Dieses Märchen des "Populaire" enthält jeder Grund. Daß es ohne jeden Gehalt ist, wird allein dadurch festgestellt, daß Vizetanzler v. Papen für Zeit auf seinem Gut in Wallerfangen bei Saarbrücken wohnt, von wo er sich zum Deutschen Turnfest nach Stuttgart begeben wird.

### Jüdischer Hezer entlarvt

Neuport, 28. Juli. Die Neuporter Polizei verhaftete auf Antrag der Chigagoer Staatsanwaltschaft den berühmtesten Neuporter Rechtsanwalt und Leiter der jüdischen deutsch-sowjetischen Bewegung, Baron Schapiro, wegen Organisierung eines sogenannten "Mafkets", einer Bande zur Erpressung von Geldern von Kleinbetriebern, hauptsächlich Wäschhandlungen, Friseurien und Limonadenfabriken. Diesen Betrieben wurde bei Verigerung mit Dynamit angeschlossen und Erstickchen gedroht. Außer Schapiro wurden weitere 22 Personen, darunter zahlreiche Juden, verhaftet.

### Generalstreik der ASt.-Seidenarbeiter

Neuport, 28. Juli. Wenige Stunden nachdem der Arbeitgeberverband der Seidenindustrie den Unterstaatssekretär für die Arbeit arbeiten hatte, mit der Vereinigung der Arbeitnehmer der Seidenindustrie Verhandlungen aufgenommen, ist von Arbeitnehmersseite der Generalstreik erklärt worden, von dem 7000 Arbeitnehmer erfaßt werden würden. Die Streikparole richtet sich gegen die Annahme schwedischer Tarife.

## Die Weltwirtschaft am Wendepunkt

### London hat den Liberalismus begraben

Berlin, 28. Juli. Die große Weltwirtschaftskonferenz 1933 ist nach von ihrem Schicksal erlöst worden. Man wird die wahren Gründe dafür in der Zukunft zu suchen haben, daß diese Konferenz nicht einem großartigen Plan zur universellen Bekämpfung der Wirtschaftskrise ihre Entstehung verdankte, sondern selbst

bereits ein Produkt der Kompromisspolitik

war. Die Fragen nämlich, die von den Politikern auf der vorjährigen Zusammenkunft in Lausanne eigentlich hätten einer raschen und definitiven Lösung zugeführt werden sollen, wurden — forsam in einen Annex des Vertrages eingepackt — an die möglichst umgebend weiterzulebende Weltwirtschafts- und Währungsministerkonferenz übergeben. Die sich anschließende Entwicklung entsprach mit ihren vielfachen Verhandlungen, den fortgesetzten Verzögerungsverhalten der Franzosen, der nur unter Schwierigkeiten an erreichbaren Berichterstattung dieses Vorbereitenden Ausschusses ganz und gar dem Beginn. Und so kann es gar nicht wundernehmen, daß

die jetzt erzielten "Ergebnisse" noch nicht einmal denen entsprechen, die von der Vorsitzenden dieses ökonomischen Konzeils im Jahre 1927 zutage gefördert wurden.

Das aber damals erst der weitere Verlauf der Ereignisse erwies, daß die einzelnen Staaten nicht gesonnen waren, ihre nationalwirtschaftlichen Interessen allgemeinwirtschaftlichen Wünschen unterzuordnen; so ist jetzt infolge ein

psychologischer Fortschritt erzielt worden, als allgemein und eindeutig festgestellt wird, daß das Fiasko von London eine grundsätzliche Krise der Konferenz darstellt. Die Nachkriegszeit hat hier eine Entwicklung rascher vorwärtsgetrieben, die ohnehin gekommen wäre und deren Grundtendenzen man in der

Ablehr von einem auf Weltbegünstigung und freier Konkurrenz aufgebauten weltwirtschaftlichen Liberalismus und seiner Ersetzung durch ein System von in sich abgewogenen Nationalwirtschaften erblicken kann.

Die von der Tradition eines Colbert nie ganz freigeordnete französische Wirtschaftspolitik, der radikale wirtschaftspolitische Umsturz in Großbritannien und im Britischen Reich, das amerikanische Experiment und schließlich die großartige und durchgreifende Reform des deutschen Wirtschaftsförpers sind Marksteine auf diesem Wege. Die Ablehr von veralteten manchesterlichen Gedankenengängen bedeutet nicht einen Verzicht auf internationale Kooperation, sondern eröffnet im Gegenteil

alle Möglichkeiten zu einer sinnvollen Planung,

die in der einzelnen Nationalwirtschaft wie im Bereich der ökonomischen Beziehungen des internationalen Staatensystems allein auf die Dauer Gewähr dafür bietet, daß nationale Zustände und damit eine Arbeitslosigkeit in Permanenz, wie sie das Ergebnis des in London zu Grabe getragenen Systems ist, vermieden werden.